

Sehr geehrter Herr Stief,

vielen Dank für Ihre Antwort.

Wir sind enttäuscht von Ihrer Reaktion und dem Festhalten an der Zusammenarbeit mit ALfA.

Sie schreiben, dass von ALfA „in der Öffentlichkeit unterschiedlich diskutierte Thesen angesprochen werden“. Dies bagatellisiert die im offenen Brief benannten Einstellungen und Aussagen stark.

Nur weil Gruppierungen schon lange eine Bühne geboten wurde, heißt das nicht, dass dies so bleiben muss oder dass es ein Argument dafür ist, ihnen diese weiterhin zu geben. Der Skandal liegt weniger darin, diesen Fehler gemacht zu haben, sondern darin mit vollem Bewusstsein diese menschenfeindliche Propaganda zu unterstützen.

Sie verlassen sich anscheinend einerseits blind auf die Aussagen von ALfA, die die Vorwürfe abstreiten.

Als Beispiel nochmals näher zur **Verstrickung mit rechten Akteur*innen**: ALfA schreiben in ihrer Antwort, es habe keine Zusammenarbeit mit Compact, Junger Freiheit und Zuerst! gegeben. In der taz war 2014 dazu zu lesen: „Martin Lohmann, der Vorsitzende des BvL, schrieb bereits für die rechte Wochenzeitschrift Junge Freiheit. Martina Kempf, die Vorsitzende des Freiburger Regionalverbandes der „Aktion Lebensrecht für Alle e.V.“ (ALfA) und Gründerin der Arbeitsgemeinschaft „Christen in der Alternative für Deutschland“ gab 2013 ein Interview für das extrem rechte Magazin Zuerst! Aber auch in eigenen Publikationen der „Lebensschützer“ finden sich rechte Inhalte. So fallen in der Vereinszeitschrift von „Pro Conscientia e.V.“; einem weiteren Mitglied des BvL, Autor*innen wie die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch durch Islamfeindlichkeit, aggressiven Antifeminismus und Hetze gegen Sexualaufklärung und Homosexualität auf.“ (<https://taz.de/Demo-der-Abtreibungsgegner!/5032802/>)

Der BvL, Bundesverband Lebensrecht, ist der Dachverband der sog. Lebensschutz Organisationen, dem ALfA einerseits angehört, andererseits gibt es mit Cornelia Kaminski auch personale Überschneidungen.

Martina Kempf wiederum ist selbst AfD Mitglied.

Auf den „Märschen für das Leben“ in München demonstriert ALfA jedes Jahr aufs Neue gemeinsam mit Personen aus dem Spektrum der extremen Rechten:

„Beim sogenannten „1000-Kreuze-Marsch“ war in der Vergangenheit die Rede von fehlender Meinungsfreiheit und „links-liberalistischem Totalitarismus“. Auch beim „Marsch fürs Leben“ 2023 zeigten einige Vorkommnisse die ideologische und personelle Überschneidung zwischen der sogenannte Lebensschutz-Bewegung und anderen (extrem) rechten Akteur*innen. 2023 schlug Matt Britton auf der Bühne des „Marsch fürs Leben“ völkisch-rassistische Töne an. Während Deutschland Migrant*innen und Geflüchtete mit offenen Armen aufnahm, wurden 100.000 deutsche Babys getötet, so Britton. Extrem rechte Burschenschafter, die kurz zuvor noch mit „White Power“-Gesten bei einer Veranstaltung der „Christdemokraten für das Leben“ im Hansa-Haus provoziert hatten, waren im Anschluss Teil der Auftaktkundgebung des Marsches auf dem Königsplatz.“

(https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Flugblaetter/firm_Broschuere_Lebensschutz-Bewegung_2024.pdf)

Andererseits erklären Sie die klare Positionierung gegen Schwangerschaftsabbruch (und somit auf reproduktive Selbstbestimmung) und das Hetzen gegen queere, insbesondere trans Personen schlichtweg als Meinungspluralität, die Sie so lange akzeptieren, „sofern nicht die Menschenwürde verletzt oder gegen die christliche Botschaft und die kirchliche Lehre verstoßen wird“.

Die im offenen Brief genannten Beispiele und angehängten Links belegen bereits die Queerfeindlichkeit, die wohl eindeutig die Menschenwürde verletzt und auch konträr zu christlichen Werten stehen sollte.

Dennoch hier ein paar weitere Hinweise: ALfA schreiben in ihrer Stellungnahme, nicht mit dem Aktionsbündnis **Demo für Alle** zusammen zu arbeiten und sich nicht mit dem Thema schulischer Sexualpädagogik zu beschäftigen. Jedoch findet sich im ALfA Kalender eine Veranstaltung mit der Demo für Alle, die sich explizit mit sexueller Bildung befasst: <https://www.alfa-ev.de/kalender/wissenssprint-strukturen-der-sexualpaedagogik-der-vielfalt/>

Cornelia Kaminski sprach zudem 2018 bei der Demo für Alle in Fulda: „Kaminski verurteilte jedwede Form der Ideologisierung in den Schulen: „Keine Ideologie darf als Toleranz in den Schulen unterrichtet werden, weder linke und rechte noch Gender-Ideologie.“ Hedwig Beverfoerde mahnte in ihrem Redebeitrag: „Kinder haben das Recht vor einer übersexualisierten Welt geschützt zu werden.“ <https://demofueralle.de/2018/09/12/tag-4-fulda-ein-erfolg-im-sonnenschein/>

Es bestehen also eindeutig Kooperationen.

Zudem finden sich viele Aussagen, die bereits auf sprachlicher Ebene mit Kampfbegriffen queere Menschen angreifen und in verschwörungstheoretischer Manier eine gefährliche LGBTIQ-Macht konstruieren:

„Der Griff nach unseren Kindern ist längst kein Griff mehr, sondern ein Würgegriff, ein In-die - Zange nehmen, das mittlerweile brandgefährlich geworden ist. Und er ist ein Thema für die Lebensrechtsbewegung. Der Transgenderhype breitet sich über social media rasant aus, tausende junge Menschen, zu 80 % Mädchen, verlangen nach Testosteron und Mastektomie, werden so für immer steril - sie rotten alles weibliche in sich mit Stumpf und Stiel aus.“

<https://www.podcast.de/episode/624728939/transgender-teens-was-hat-das-mit-dem-lebensrecht-zu-tun>

Es sollte deutlich geworden sein, dass ALfA auch in der Stellungnahme mit manipulativen Strategien und Desinformation, um in diesem Fall nicht zu sagen, dreisten Lügen arbeitet.

Dies schließt den Bogen zur von ALfA als unterstützend benannten

Schwangerschaftsberatung. Es mag sein, dass beratene Frauen auch mitunter dankbar oder erfreut über die Beratung sind. Dennoch suggerieren bereits die Sätze auf der Homepage „Wir sind für dich da! Wir hören dir zu. Wir verstehen dich. Wir kümmern uns um dich. Wir wollen dir helfen, damit du *DEINE* Entscheidung treffen kannst.“ (<https://www.alfa-ev.de/schwanger/>) eine neutrale, zugewandte Beratung, die bei einer Entscheidung im Schwangerschaftskonflikt begleitet. Eine Gruppierung, die sich strikt gegen Schwangerschaftsabbrüche ausspricht und keine Scheine ausstellt, kann jedoch schlichtweg keine ergebnisoffene Beratung anbieten.

Es handelt sich hier um eine Strategie, unter dem Vorzeichen von unterstützender Beratung für die eigenen Ziele, dem Austragen einer Schwangerschaft um jeden Preis, zu agieren.

Dass der Zwang, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen einen massiven Eingriff in die Menschenrechte darstellt und die Beschränkung des Zugangs zu Abbrüchen Frauen in potenziell lebensgefährliche Situationen bringen kann, wie der Blick auf Länder zeigt, in denen Schwangerschaftsabbrüche komplett verboten sind, sollte eigentlich nicht notwendig sein, zu betonen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Normalisierung von nicht von der Hand zu weisenden rechtsextremen, misogynen und transfeindlichen Haltungen erschütternd ist. Sie bemühen in Ihrer Antwort ein Demokratieverständnis, dass lediglich alle Meinungen nebeneinander stellt. Diese falsch verstandene Offenheit und Toleranz führt zur Ausgrenzung ganzer Personengruppen und legitimiert das Gewaltpotenzial, das den benannten Haltungen innewohnt.